

DER KRIEG IN LIBYEN

von Niema Movassat, MdB DIE LINKE, Stand 10.08.2011

I. EINLEITUNG

Unter Führung Frankreichs begannen Franzosen, Briten und die USA am **19.03.2011** mit der Bombardierung Libyens. Die Legitimation dafür wurde der Resolution **1973** des UN-Sicherheitsrates entnommen, welche am **17.03.2011** verabschiedet wurde.

Bei der Abstimmung gab es keine Gegenstimmen, aber **fünf Enthaltungen** - und zwar von Russland, China, Brasilien, Indien und Deutschland. Es gab **zehn Ja-Stimmen**: USA, Frankreich, Großbritannien, Bosnien, Portugal, Libanon, Gabun, Nigeria, Südafrika und Kolumbien.

Insgesamt dauert die Bombardierung Libyens - wir haben den 10. August 2011 - nun schon **144 Tage**. Das ist etwa doppelt so lange wie beim Jugoslawienkrieg 1999 - und es soll mindestens bis Ende September 2011 weiter gehen. Es gibt keine objektiven Zahlen wie viele Zivilisten durch die Bombardierungen zu Tode gekommen sind oder schwerverletzt worden; laut libyschen Angaben sind es über 1000.

II. DIE UN-RESOLUTION 1973

1. DAS VORSPIEL ZUR RESOLUTION

Am **10.03.2011** verabschiedete das Europaparlament eine Resolution, in welcher sie sich für eine Flugverbotszone aussprach. Am **12.03.2011** beschloss die

Arabische Liga auf **saudische Initiative**, dass sie für eine Flugverbotszone ist. Es waren indes nur elf von 22 Mitgliedern

anwesend und für den Beschluss stimmten **neun von elf**, alles andere als eine deutliche Mehrheit. Dennoch wurde dieser Beschluss der Arabischen Liga als entscheidende Legitimation für die spätere UN-Resolution herangezogen.

2. INHALT DER RESOLUTION 1973

Die Resolution formuliert das Ziel, die **Zivilbevölkerung zu schützen**. Der libyschen Regierung werden *"ausgedehnte und systematische Angriffe gegen die Zivilbevölkerung"* zur Last gelegt, die *"möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen"*. Zudem wird festgestellt, dass mit der *"Situation"* in Libyen *"eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit"* gegeben sei. Die Folgerung aus diesen Punkten ist die Verhängung einer **Flugverbotszone** gestützt auf **Kapitel VII der UN-Charta**. Bodentruppen schließt die UN-Resolution nicht aus, sondern nur den Einsatz von Besatzungsgruppen, also die dauerhafte Stationierung von Soldaten. So argumentierte etwa der **britische Außenminister William Hague**, der Einsatz von Bodentruppen sei in Ordnung, das Mandat schließe lediglich eine *"Besatzungsgruppe, nicht jede Aktion aus."* Generell kann man die Resolution weit auslegen, da der Schutz der Zivilbevölkerung alles enthalten kann.

2. DIE DEUTSCHE ENTHALTUNG

Deutschland hat sich überraschend im UN-Sicherheitsrat enthalten. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Sicherheitsrates das Deutschland komplett aus der westli-

chen Linie ausgesichert ist (beim Irakkrieg hatte es Frankreich noch auf seiner Seite). Während weite Teile der CDU/CSU für den Libyen-Krieg waren, war die FDP dagegen, daraus resultierte die Enthaltung. Medien in Deutschland als auch **SPD und Grüne** haben die Entscheidung der Regierung kritisiert und sich für ein „**Ja**“ **ausgesprochen** im Nachgang.

Die Bundesregierung ist seitdem bemüht ihre **Enthaltung zu relativieren**. So begründete Merkel die Enthaltung bloß damit, dass man keine Bundeswehrtruppen schicken wolle, man unterstütze ansonsten vollumfänglich die Resolution 1973.

Eine unlogische Begründung, auch andere Staaten die im Sicherheitsrat zugestimmten, haben keine Truppen entsendet. Die Abstimmung sagt daher nichts darüber aus, ob man sich selbst beteiligt.

Interessanter war die Begründung von Außenminister Westerwelle, der einen Tag nach der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat im Deutschen Bundestag darlegte, dass man zwar die Sanktionen der Resolution 1973 gegen Gaddafis Regime, unterstütze, nicht aber die gesamte Tragweite der Resolution. Mit anderen Worten: Die militärische Intervention wurde abgelehnt. Auch im weiteren Verlauf argumentierte Westerwelle kriegskritisch: *„Es gibt keinen sogenannten chirurgischen Eingriff. Jeder Militäreinsatz wird auch zivile Opfer fordern. [...] Wenn wir abwägen, wie wir uns international verhalten und ob wir uns und wo wir uns beteiligen, dann muss in diese humanitäre Abwägung immer auch mit einbezogen werden, dass es Opfer gibt.“* In der Folge sagt er, dass die Bundesregierung in dieser Abwägung zum Schluss gekommen sei, dass ein Militäreinsatz falsch wäre. Auch legte Westerwelle dar, dass bis-

lang noch nicht alle zivilen Mittel ergriffen worden sind.

Seit der Entscheidung ist die Bundesregierung aufgrund des medialen und internationalen Drucks, aber auch durch die internen Streitigkeiten mit Sicherheitspolitikern der CDU/CSU, dabei, zurück zu rudern. So wird versichert, dass man dazu bereit ist, den Krieg ohne Truppen zu unterstützen. Ein Beispiel hierfür ist der **100 Millionen Euro Kredit** an die Rebellen und ihre Anerkennung als Vertretung aller Libyer. Außerdem wurden die US-Truppen vom US-Stützpunkt von Stuttgart aus koordiniert und Deutschland beteiligte sich zur Entlastung der in Libyen kriegsführenden Staaten in Afghanistan an AWACS Einsätzen.

3. GENERELLE KRITIK AN DER RESOLUTION 1973

Wenn es schon reicht, dass „*möglicherweise*“ Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegen, um eine Bombardierung zu rechtfertigen, wird aus der rechtstaatlich anerkannten **Unschuldsvermutung** eine **Schuldvermutung**. Nach dem Motto *„erst Bomben, dann nachdenken“*.

Außerdem liegt ein **Völkerrechtsbruch** vor. Unabhängig von der grundlegenden Kritik an Kapitel VII Einsätzen¹, wurden diese Einsätze nämlich geschaffen, um Konflikte in **zwischenstaatliche Beziehungen** zu formalisieren - eine Folge des zweiten Weltkriegs. Es ging also um Fälle, wo ein Staat eine Aggression gegenüber einem anderen Staat verübt, **nicht um die Lösung innerstaatlicher Auseinandersetzungen** wie im Fall Libyens. Diese Begrenzung geht einher mit den Grundprinzipien der Vereinten

¹ Zur Erklärung von Kapitel VII Einsätzen siehe meinen Vortrag: *„Soll DIE LINKE UN-mandatierten Kriegseinsätzen zustimmen?“* <http://www.movassat.de/497>

Nationen, insbesondere dem **Gebot der Nichteinmischung**, aber auch dem **Gewaltverbot**.

Diese Prinzipien wurden aber seit Ende des Kalten Krieges **schrittweise gelockert**. Unter anderen wurde bei der UN-Resolution zum Einsatz in Somalia 1992 erstmals ausschließlich auf den inneren Charakter des Konflikts Bezug genommen. Der Konflikt wurde als „*Bedrohung des Friedens*“ eingeordnet. Begründet wird diese Ausweitung der UN-Charta mit den Lehren aus den Völkermorden bzw. massiven Menschenrechtsverletzungen in Ruanda und Srebrenica und dem Schlagwort „**Responsibility to Protect**“ (zu Deutsch: *Schutzverantwortung*).

Diese „**Responsibility to Protect**“, welche **2006 vom UN-Sicherheitsrat anerkannt** worden ist, zielt auf den „*Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten*“. Wenn ein Einzelstaat dies für seine Bürgerinnen und Bürger nicht mehr sichern kann oder selbst Angreifer ist, geht diese Verantwortung auf die „internationale Staatengemeinschaft“, also die UN über.

Die Idee: Kein Staat soll sich im Falle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen, wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ethnischen Säuberungen auf sein Souveränitätsrecht berufen können. Diese Menschenrechtsverletzungen sollen einen so gravierenden Bruch des Völkerrechts darstellen, dass die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten keine Geltung mehr haben sollen.

Was vielleicht auf den ersten Blick „gut“ klingt wirft aber massivste Probleme auf: Es gibt **keine völkerrechtliche Grundlage für die „Schutzverantwortung“**, die ja auch

im Fall Libyens herangezogen wird als Begründung für die Resolution 1973. Es gelten weiter das Gewaltverbot und das Prinzip der Nichteinmischung, denn dies sind Eckpfeiler der UN-Charta und können auch nicht durch eine Anerkennung durch den UN-Sicherheitsrat aufgehoben werden. Durch die „Schutzverantwortung“ werden die **UN-Prinzipien geschwächt** und militärischen Interventionen Tür und Tor geöffnet, wie das Beispiel Libyen zeigt. Inzwischen genügt bereits die **Vermutung** massiver Menschenrechtsverletzung für ein UN-Kriegsmandat.

Außerdem treffen die Folgen einer Verletzung der Schutzverantwortung ausschließlich **schwache Staaten**. Es ist undenkbar, dass wenn die USA ihre Schutzverantwortung verletzen würden, die internationale Gemeinschaft militärisch intervenieren würde. Daraus folgt: Die „**Responsibility to Protect**“ bildet die rechtliche Grundlage **für starke Staaten in schwachen Staaten** zu intervenieren.

4. FLUGVERBOTSZONE BEDEUTET IMMER KRIEG

Der Begriff Flugverbotszone klingt ohne tiefere Kenntnis recht undramatisch. Immerhin würde für den betroffenen Staat schlicht das Überfliegen bestimmter Areale verboten. Demnach sei es ein recht „schwacher“ Eingriff in die Souveränität des Staates, so eine nicht selten anzutreffende Einschätzung. Deshalb gab es auch Töne von Aufständischen in Libyen, die gegen eine Militärintervention des Westens waren, aber für eine Flugverbotszone. Und auch viele, die sonst gegen Kriegseinsätze hiezulande sind, fanden die Idee zu Beginn nicht schlecht.

Aber: Eine **Flugverbotszone bedeutet immer Krieg**, da Luftangriffe notwendig sind,

um Flughäfen und Flugabwehrstellungen auszuschalten und das Flugverbot durchzusetzen. Denn bevor irgendein Staat bereit ist das Flugverbot zu überwachen, wird er sich absichern wollen, dass seine Überwachungsflugzeuge nicht abgeschossen werden können.

Luftangriffe bedeuteten auch immer tote Zivilisten, die uns verharmlosend als „*Kollateralschäden*“ verkauft werden. Denn auch zivile Flughäfen müssen bombardiert werden und Bomben werden fehlgeleitet usw.

Die Erfahrung zeigte schon, dass die harmlos klingende Flugverbotszone immer wieder der Start für Kriege war: in den **90ern Bosnien und Irak**, was jeweils später im Jugoslawienkrieg und Irakkrieg mündete. Im Fall der Flugverbotszone für Libyen stellte der **Ex- US-Verteidigungsminister Gates** sogar öffentlich fest, dass wer Flugverbotszone fordert, von Krieg redet.

5. DIE KRIEGLÜGEN: IM KRIEG STIRBT ZUERST DIE WAHRHEIT

Im Fall Libyens bleibt die Frage: Musste die Zivilbevölkerung nicht geschützt werden? Gaddafi ging brutal gegen sie vor. War es also nicht notwendig etwas dagegen zu unternehmen?

Wir erinnern uns: der europäischen Bevölkerung wurde politisch und medial vermittelt, dass JETZT bombardiert werden MUSS, da sonst in Bengasi Gaddafis Truppen einfallen und ein **Massaker anrichten** würden, d.h. eine humanitäre Katastrophe drohe. Die Truppen von Gaddafi standen am 17.03.2011 vor den Toren Bengasis. Auch die Medien in Deutschland stimmten in den Chor ein, so titelte das Handelsblatt „*Ohne Flugverbot droht in Libyen Völkermord.*“ Heute wissen wir, es war eine Lüge die uns aufgetischt wurde.

a.) Die zentrale Rechtfertigung für die Resolution 1973 war, dass die **libysche Luftwaffe Zivilisten bombardiert**. Deshalb eben bräuchte man die **Flugverbotszone**.

Doch schon damals stellte die **russische Militärführung** fest, dass sie kein Bildmaterial finden konnte, welches systematische Bombardierungen oder Massaker an der Zivilbevölkerung offenbarte.

Auch der Westen legte **niemals Bilder von Bombardierungen** vor, dabei dürfte dies in Zeiten von Satellitentechnik ein leichtes sein, denn Einschlaglöcher etc. wären darauf klar erkennbar.

Offensichtlich wurde die Lüge dann bei der Antwort auf eine **Kleine Anfrage der Linksfraktion** vom 21.04.2011, hier sagt die Bundesregierung klipp und klar, dass ihr *„keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten“²* vorliegen.

Die **Bombardierungen** waren demnach **frei erfunden**, um die Gefährdung des Weltfriedens zu konstruieren und den Krieg zu rechtfertigen.

b.) Gab es Massaker? Dafür gibt es keine Beweise und wird auch soweit ersichtlich nicht behauptet. Es gab brutales, menschenverachtendes Vorgehen durch Gaddafis Truppen. Aber auch die Zahlen der Todesopfer belegen kein Massaker. Vor dem befürchteten Angriff auf Bengasi waren einige Städte zurückgefallen in Gaddafis Hand. In keiner dieser Städte kam es zu nachweislichen Massenexekutionen oder dergleichen. Warum im Falle Bengasis dies nun völlig anders gewesen wäre, wurde nie begründet.

² Die gesamte Antwort der Bundesregierung: http://dokumente.linksfraktion.de/drucksachen/21808_1705666.pdf

III. SCHUTZ VON MENSCHENRECHTEN? NEIN - REGIME-CHANCE!

Der Westen begründet seine Intervention mit dem Schutz von Menschenrechten. Das ist unglaublich. Denn Gaddafi ist jahrelang vom Westen massiv aufgerüstet worden ist. Die **Waffenexporte** aus Deutschland waren 2009, **13 mal (!) so hoch** wie in dem Jahr davor. Der Bock wird zum Gärtner gemacht, wenn die, die Waffen geliefert haben, nun im Namen der Demokratie gegen jene vorgehen, die sie benutzen.

Aber das es dem Westen **nicht um Menschenrechte geht**, wird deutlich, wenn man sich den Fall der Gaza-Bombardierung in Erinnerung ruft: Während der israelischen Operation „**gegossenes Blei**“ 2008/2009, bei welcher der Gazastreifen massiv bombardiert wurde, sprach niemand von einem völkerrechtswidrigen Angriff oder gar der Notwendigkeit einer Flugverbotszone.

Man muss nicht mal historisch zurückgehen, um die Frage nach Doppelstandards aufzuwerfen: Auch in **Bahrain** wurde und wird der Protest mit Hilfe saudischer Truppen sehr brutal niedergeschlagen. Doch der Westen interveniert nicht. Dafür gibt es gute Gründe: Zum einen ist die **5. US Flotte** in Bahrain stationiert. Sie hat zentrale Bedeutung für die Region, insbesondere für die Politik gegenüber Iran. Es gibt daher ein Interesse der USA an Stabilität in Bahrain; daher geht man dort gegen gleiche Gewalt wie in Libyen nicht vor. Außerdem sorgte Saudi Arabien für die Zustimmung der Arabischen Liga zu den Luftangriffen auf Libyen. Im Gegenzug wurde vereinbart, dass das Einmarschieren der Saudis in Bahrain vom Westen ignoriert bzw. toleriert wird.

Und auch im **Jemen** werden Proteste brutal niedergeschlagen, auch dort gibt es keine Reaktion des Westens, da der Jemen wichtiger Partner im Kampf gegen den Terror ist.

Auch an einem „technischen“ Punkt wird deutlich, dass es nicht um die Verwirklichung der Resolution 1973 geht: Die libysche Luftwaffe war bereits **fünf Tage** nach den ersten Bombardierungen, also noch bevor die NATO das Kommando übernommen hat, bereits **ausgeschaltet**. Dennoch wird bis heute bekanntlich weiter bombardiert.

Warum? Diverse verbale Äußerungen machen deutlich, dass es dem Westen um einen **Regime-Chance – also um die Herbeiführung eines pro-westlichen und stabilen Wechsels in der Führung des Regimes, geht**. Ein Machthaber, dem die Basis wegbricht, wird nicht weiter benötigt und gefährdet nur zukünftige Geschäfte. Doch nicht nur Worte, sondern auch Taten lässt der Westen folgen, z.B. in Bombardierung des Hauses, in dem der Sohn Gaddafis starb, er selbst aber davon kam. Auch die jüngste Bombardierung der Gebäude des libyschen Staatsfernsehens ist für die Durchsetzung einer Flugverbotszone offenkundig nicht notwendig.

Die UN-Resolution gibt kein Mandat für einen **Regime Chance**. Es handelt sich um einen - selbst wenn man die Resolution für völkerrechtsgemäß halten würde, was sie ja nicht ist - Bruch des Völkerrechts durch Überschreiten des Auftrags der Resolution. Warum der Westen diesen Regime Chance anstrebt, wird im Folgenden dargestellt.

IV. LIBYEN UND GADDAFI IM BILD DES WESTENS VOR 1999

Um zu verstehen, weshalb der Westen einen Regime-Change in Libyen begrüßen würde, müssen wir uns die Person Gaddafi und sein Regime genauer anschauen. Gaddafi kam 1969 durch einen Putsch gegen den König Idris I. an die Macht. Für viele Linke war er damals ein Antiimperialist, der sich dem Westen entgegenstellte. Und es gab gute Gründe für diese Auffassung, bspw. wurde unter ihm **die Ölindustrie verstaatlicht**, der **US-Militärstützpunkt** in Libyen dicht gemacht, die **Mindestlöhne** erhöht usw. Also viele progressive Dinge geschahen. **Früher** war Gaddafi ein „**Bösewicht**“ für den Westen. Es gab US-Sanktionen gegen ihn, 1986 Luftangriffe, 1992 sogar Sanktionen der Vereinten Nationen.

Dies hielt aber Deutschland nicht davon ab, Kontakt zu halten und bspw. **BKA Beamte für die Ausbildung von Gaddafis Polizei schon 1979** zu entsenden und enge Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen.

Doch den Antiimperialismus Gaddafis, den viele Linke damals sahen, ihn mitunter daraus resultierend auch heute noch verteidigen, ist falsch. Denn **schon damals** flossen **beträchtliche Teile des der Einnahmen des Landes**, das zu 70 % aus Erdöl und Erdgas kommt, **in die Taschen Gaddafis**. Man geht davon aus, dass er und sein Clan ein Vermögen von **61 Mrd. Dollar** auf ausländischen Banken gesichert haben. Das entspricht in etwa dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt Libyens.

V. GADDAFIS ANNÄHRUNG AN DEN WESTEN

Ab **1999** veränderte sich das dunkle Bild des Westens gegenüber Gaddafi, da sich seine Politik veränderte.

So überstellte Gaddafi 1999 zwei Libyer, die der Verwicklung in das Lockerbie-Attentat bezichtigt wurden, wofür die Vereinten Nationen im Gegenzug ihre Sanktionen gegen Libyen suspendierten. Der **Wegfall der UN-Sanktionen** ermöglichte europäischen Konzernen den Einstieg ins dortige Geschäft.

Es gab ab **2003/2004** dann auch eine offizielle Annäherung Libyens an dem Westen. Libyen erklärt damals den **Verzicht auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen** und unterzeichnet das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, das umfassende Kontrollmöglichkeiten der Internationalen Atomenergiebehörde im Land zulässt. Danach normalisierte sich die Beziehung des Westens zu Libyen und umgekehrt. Es gab auch den sogenannten „**Abschwur vom Terror**“ von Gaddafi. **2004** besuchte Bundeskanzler **Schröder** kurz nach dem britischen Premierminister Blair Libyen und Gaddafi war in Brüssel offizieller Gast der Europäischen Union.

2006 nahmen Frankreich, Großbritannien und die USA wieder diplomatische Beziehungen auf, **Libyen wurde von der Liste „Schurkenstaaten“ gestrichen**, die US-Sanktionen wurden nun auch aufgehoben, alle westlichen Konzerne konnten wieder in Libyen investieren.

Besonders enge Beziehungen entwickelten sich im Mittelmeerraum mit Italien und Frankreich. Ministerpräsident Berlusconi nannte Gaddafi 2009 „*eine Führungsfigur mit großer Weisheit*“.

2006 wurde eine Vereinbarung zwischen Gaddafi und der Europäischen Union im Bereich Flüchtlingsabwehr geschlossen. Libyen verpflichtete sich hierbei, dass es die **Flüchtlingsströme** aus Afrika in Richtung Europa unterbricht, die Flüchtlinge aufgreift und in ihre Herkunftsländer zurückschickt. Dieser Umgang mit den Flüchtlingen offenbart übrigens nochmals die Doppelzügigkeit des Westens: Einerseits spricht man von Menschenrechten, aber die Menschenrechte von Menschen, die vor Hunger, Leid, Armut und Krieg fliehen, werden mit Füßen getreten. Die EU-Grenzschutzagentur **FRONTEX** hat in Zusammenarbeit mit der libyschen Seite Lager in der libyschen Wüste unterhalten. Die humanitären Bedingungen in diesen Lagern waren mehr als katastrophal.

Verhandlungen der EU mit Libyen wurden seit 2008 über die Zusammenarbeit im Energiebereich, bei Migration, Verkehr und Bildung geführt. EU-Kommissar Stefan Füle sagte bei seinem Besuch in Tripolis im Oktober 2010, Libyen habe sich „*gut entwickelt*“.

Gaddafi schwenkte im Zuge der Zusammenarbeit mit dem Westen auf einen klaren neoliberalen Kurs um und versuchte ausländische Investoren zu gewinnen. Zwischen 2000 und 2010 wurden **ein Drittel der Staatsbetriebe privatisiert** mit dem Ziel, irgendwann alle zu privatisieren und in Hände von privaten Investoren zu geben.

Man kann zusammenfassen: Die Wirtschaftsbeziehungen florieren. Libyen lieferte zuverlässig Erdöl und Erdgas, kaufte mit den erzielten Milliarden europäische Waren und investierte in europäische Industriebeteiligungen. Gaddafi sorgte dafür, dass kaum noch Bootsflüchtlinge über Libyen nach Europa kamen, weil sie in der Wüste aufgehalten und zurückgeschickt

wurden. Er arbeitete hierbei mit FRONTEX zusammen, die Flüchtlinge wurden teilweise in menschenverachtende Lager in der Wüste geschickt. Alles bestens für den Westen.

VI. UND WIESO DIE WESTLICHE MILITÄRINTERVENTION?

Wenn die Beziehungen mit dem Westen so gut waren, stellt sich natürlich die Frage, warum dieser Westen dennoch Krieg gegen Libyen führt. Folgende Gründe dürften relevant sein:

a.) Gaddafi unsicherer Kandidat des Westens: Libyen stand nicht so sehr unter westlicher Kontrolle wie beispielsweise Tunesien und Ägypten. **Gaddafi verfolgte seine eigenen Interessen.** Man musste jedes Mal mit Gaddafi verhandeln, es gab keinen Automatismus, dass er die imperiale Politik der USA und der EU befolgte.

Das Interesse des Westens ist es, mehr Kontrolle zu haben. Natürlich, man hatte sich mit Gaddafi arrangiert. Mit einem Regime-Chance erhofft man sich aber einen besseren Zugriff auf das Land.

Denn bisher unterlagen die reichen Energieressourcen - **Libyen hat die größten Erdölreserven Afrikas** - nicht dem direkten Zugriff der westlichen Großunternehmen - der Ölsektor war dem Westen entzogen. Konzerne mussten dem libyschen Staat bei Ölgeschäften eine 51%ige Beteiligung einräumen. Dabei kommt 10 % des Erdöls der EU aus Libyen, bei Italien sind es sogar 24 %!

50 Mrd. Dollar haben westliche Konzerne investiert in den libyschen Ölsektor. 2009 aber gab es die Meldung, dass Gaddafi überlegt den **Erdölsektor komplett zu verstaatlichen** und die westlichen Konzerne zu

enteignen. Die westlichen Konzerne haben also ein Interesse Gaddafi los zu werden, um Sicherheit für ihre Investitionen und den Zugriff auf das libysche Erdöl zu haben.

Auch sonst ist Libyen reich an Rohstoffen, es hat die **4. größten Erdgasreserven** der Welt und **Süßwasser unter der Wüste im Wert von 24 Billionen Euro!** Der ungehinderte Zugriff auf all das ist für westliche Konzerne sehr interessant und Gaddafi dabei hinderlich.

b.) Mit Libyen sind noch **alte Rechnungen** offen: insbesondere die Schließung der US-Militärstation, die von Libyens Geheimdienst gesteuerten Anschläge auf Flugzeuge und Einrichtungen und die Unterstützung von Terrorgruppen gegen Israel und die USA in den 80ern, sind nur einige Beispiele. Sicherlich ist das **nicht ein zentraler Grund**, aber vergessen wurde auch nicht, dass Libyen sich sehr offen gegen den Westen gestellt hatte und niemals in Reih und Glied des westlichen Interesses stand.

c.) Die **Afrikapolitik** Gaddafis stand Interessen des Westens entgegen, genauso seine Kooperationen mit China, Venezuela oder dem Iran. Er tätigte Waffenkäufe vor allem mit Russland statt mit Partnern im Westen. So war Gaddafi Initiator der Gründung der Afrikanischen Union und investierte rund 6 Mrd. Euro in Afrika.

d.) Arabische Führer hatten kein Problem, der Flugverbotszone gegen Gaddafi zuzustimmen: Seine Herkunft und sein dominantes Auftreten störte sie in ihrer Innenpolitik. Außerdem bot es Saudi-Arabien die Gelegenheit, durch die Ablenkung, die der Krieg verursacht, in aller Ruhe den Aufstand in Bahrain niederzuwerfen. Dabei sind diejenigen, die in der Arabischen Liga entscheiden selbst nahezu alle Diktatoren.

e.) Der Westen versucht natürlich auch, in Sachen Demokratie und Menschenrechte seine **Glaubwürdigkeit** zurückzugewinnen und möchte der Bevölkerung hier und dort im arabischen Raum den Militäreinsatz als ihre menschenrechtliche Pflicht zu verkaufen. Aber wie man sieht, geht es nicht um Humanität.

Zentral sind aber letztlich die **ökonomischen und** strategischen **Interessen**: nämlich einerseits der uneingeschränkte Zugriff auf die libyschen Ressourcen Öl, Erdgas und Wasser und andererseits die **Zurückdrängung des Einflusses Chinas** und **Durchsetzung der eigenen Afrikapolitik**.

VII. EINSCHÄTZUNG ZU GADDAFI AUS LINKER SICHT

Den Krieg muss man konsequent ablehnen, es handelt sich um einen imperialen Krieg zur Durchsetzung eigener wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen.

Man darf deshalb aber Gaddafi nicht als Antiimperialisten sehen. **Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund**. Zwar stimmt nahezu jeder zu, dass die **Flüchtlingspolitik** Gaddafis **menschenverachtend** war und ist. Häufig wird aber angeführt, unter Gaddafi ginge es dem Land **ökonomisch und sozial gut**. Bei genauerem Hinsehen ist dieses Argument nicht haltbar.

Zwar weist Libyen nach dem Human Development Index (HDI) mit Platz 53 einen recht hohen Rang auf, dem Land wird ein **„hoher Entwicklungsstand“** bescheinigt und das durchschnittliche Pro-Kopf Einkommen ist relativ hoch; auch gibt es **staatliche Alimentierungen** und ein **kostenloses Gesundheitssystem** wie auch weitgehende **Gleichberechtigung** zwischen Frauen und Männern.

Aber: **Bahrain** (Platz 39) und **Saudi-Arabien** (Platz 55) haben eine bessere oder fast genauso gute Wertung im HDI. Deshalb spricht aber niemand den Menschen dort das Recht auf Protest ab. Auch Deutschland hat ein sehr hohes HDI-Ranking, dennoch gibt es hierzulande deutliche Kritik am Sozialabbau und der auseinanderdriftenden Schere von Arm und Reich. Deshalb ist auch eine grundlegende Kritik am HDI, der ethische Kriterien, Menschenrechte etc. nicht berücksichtigt, notwendig.

Außerdem sagt ein hohes durchschnittliches Pro-Kopf Einkommen nichts über die Verteilung des Reichtums aus. So wurden beispielsweise die **östlichen Regionen** systematisch benachteiligt und die westlichen bevorzugt, weil diese Gaddafi gegenüber als loyaler gelten. Dies erklärt auch, warum der Aufstand im Osten dort besonders heftig ausfällt. Dort leben diejenigen, die am meisten vom System benachteiligt wurden.

Es ist zudem zwar richtig, dass Libyen einiges an sozialen Leistungen für die Bevölkerung erbringt, aber auch **Saudi-Arabien** hat ein **kostenloses Gesundheitssystem** und noch viel mehr soziale Leistungen als Libyen. Dies ändert aber nichts daran dass es eine Diktatur ist. Es hat eben wie Libyen Erdöl und damit die Möglichkeit Sozialleistungen zu erbringen.

Hinzu kommt in Libyen die **hohe Arbeitslosigkeit**: Ca. **40-50 %** der jungen Menschen, die 1/3 der Bevölkerung ausmachen, sind **arbeitslos** (in der gesamten Bevölkerung sind ca. 30 % arbeitslos). Die Jugendarbeitslosigkeit ist damit die höchste Nordafrikas. Hier gibt es keinen Unterschied zu Tunesien und Ägypten, **Perspektivlosigkeit** bei der Jugend herrscht auch in Libyen.

Das Bildungssystem gilt als sehr schlecht, dies zeigt sich auch im niedrigen **Bildungs-**

niveau, so ist die Analphabetenrate mit 20 % sehr hoch.

Generell ist das **Preisniveau** sehr hoch und vernünftige Wohnungen kaum zu bekommen.

Und wenn man sich schon auf Rankings wie dem HDI beruft, sollte man auch konsequent sein: Das politische und Verwaltungssystem Libyens gilt als **korrump** – nach *Transparency International* liegt es auf Platz 146 weltweit. Vergleichbar mit den Systemen unter Ben Ali und Mubarak.

Neben den sozialen Fragen darf außerdem nicht vergessen werden, dass das innenpolitische System rigide und autoritär ist. Jegliche **Opposition** wird **unterdrückt**, die Medien durch die Regierung kontrolliert, jeder Protest brutal niedergeschlagen und Kritik am System nicht zugelassen. Insgesamt ist die **Menschenrechtslage** desolat, nicht nur im Umgang mit Flüchtlingen.

VIII. WAS SIND DAS FÜR PROTESTE UND FÜR PROTESTIERENDE?

Es gibt also **soziale und politische Gründe**, die eindeutig für die **Legitimation** eines Aufstandes bzw. einer Revolution gegen Gaddafi sprechen. Die Menschen haben jedes Recht gegen Gaddafi zu sein und allen Grund.

Es gibt gerade in linken Kreisen sehr viele Diskussionen über die Aufständischen. In der Tat ist es nicht einfach, diese einzuschätzen, zumal durch die westliche Intervention alles anders ist als in Tunesien und Ägypten.

1. WIE ALLES BEGANN

Für eine fundierte Betrachtung muss man **ganz an den Anfang zurück**, bevor es die

Militärintervention gab. Oft wird gesagt, die Proteste seien nur auf den Osten des Landes um Bengasi rum beschränkt gewesen. Daraus folgern viele, es handele sich um einen **reinen Stammeskonflikt**. Die erste Frage um die es daher geht: Handelt es sich um einen solchen?

Man muss wissen, dass Libyen aus **100-140 Stämmen** besteht. Demnach „Ja“, Libyen ist eine **Stammesgesellschaft**, anders als Ägypten, Tunesien etc. Fakt ist auch, dass sich bis heute diverse Stämme von Gaddafi losgesagt haben während andere, gerade die großen im Westen des Landes, weiter zu ihm halten. Fakt ist auch, dass die östlichen Stämme diejenigen sind, die benachteiligt wurden durch Gaddafi was beispielsweise die Verteilung des Reichtums aus dem Öl- und Gasgeschäft angeht. Fakt ist auch, dass dort, wo die Stämme sich losgesagt haben, der Aufstand besonders erfolgreich ist in der Entmachtung Gaddafis, also im Osten um Bengasi und im Westen an der Grenze zu Tunesien. Richtig ist auch, dass die Proteste in Bengasi Mitte Februar losgingen.

Nun aber der entscheidende Punkte der **gegen einen reinen Stammeskonflikt spricht**: Es gab **überall im Land Proteste**, die zwar in Bengasi begannen, aber auch in der **Hauptstadt Tripolis**, wenn auch nur eine kurze Zeit, gingen Menschen friedlich auf die Straße. Der Logik des reinen Stammeskonflikts widerspricht dies, da die Menschen in Tripolis ja eigentlich aus den Stämmen sind die Gaddafi anhängen. Dazu kommt, dass die soziale Situation im Land, Arbeitslosigkeit, und die staatspolitische Situation, nämlich die Tatsache, dass Libyen eine Diktatur ist, vergleichbar mit den anderen arabischen Ländern ist, in denen Aufstände stattfinden. Es handelt sich also um eine gesamtgesellschaftlich

schwierige Lage und nicht in erster Linie um Stammeskonflikte.

2. WARUM GEWALTTÄTIGER AUFSTAND? WARUM DER OSTEN?

Eine weitere relevante Frage ist, warum die Menschen **nicht friedlich** gegen Gaddafi protestiert haben; wie die Aufständischen in Ägypten und Tunesien. Hier ist zu sagen, dass die Menschen weitgehend zunächst friedlich auf den Straßen gewesen sind. Aber es gibt Gründe, warum die Proteste recht schnell gewalttätig wurden:

In **Tunesien und Ägypten war die Armee ein eigenständiger Faktor** in der Innenpolitik und war nicht bereit auf die Demonstranten zu schießen. Zwar gingen die Regime sehr brutal vor, aber die Menschen hatten berechtigte Hoffnung in die Armee. Eine solche Hoffnung gab es in Libyen nicht. In Libyen ist die Armee treuer zu Gaddafi.

Dazu kamen Söldner, die Gaddafi ins Land holte. Gaddafi war der erste Diktator, der mit Militär offensiv gegen die Aufstände vorging, Bahrain, Syrien und Jemen sind diesem Beispiel gefolgt.

Gaddafi ging auch besonders **brutal** vor gegen die Menschen. Gaddafi selbst hat sich ja in seinen Reden für die Todesstrafe gegen die Aufständischen ausgesprochen, und zwar schon am Anfang, das ist nachlesbar. Ich weiß von Kontakten aus erster Hand, die derzeit in Tripolis sind bzw. zu anfangs noch dort waren, dass Scharfschützen von Anfang an gezielt die Demonstrierenden niedergeschossen haben. Entsprechende Bilder findet man auch massenhaft bei Youtube.

Auch bezüglich der **Söldner** gibt es sehr glaubhafte Berichte. Auch hier habe ich

von einem Piloten von Afriqiyah Airlines (einer libyschen Airline) erfahren, der Söldner aus anderen Ländern nach Libyen fliegen sollte, u.a. Sudan.

Natürlich stellt sich die Frage, wo die Waffen für die Aufständischen herkamen. Hierbei muss man wissen, dass recht rasch nach den ersten Protesten die gesamte **Armee im Osten** des Landes zu den Aufständischen überlief und einige Waffendepots öffnete. Indes sind dies nicht mehr die Waffen, die heute entscheidend sind für die Rebellen; diese kommen heute vielmehr aus dem Westen über die ägyptische Grenze. Es ist auch davon auszugehen, dass schon sehr früh Waffenlieferungen durch westliche Staaten stattfanden.

Warum konzentriert sich der Protest auf Bengasi? Der Osten war **die besonders benachteiligte Region** des Landes. Das Menschen die in Benachteiligung leben eher aufbegehren, überrascht nicht; hinzu kommt die Unterstützung durch die übergelaufenen Soldaten im Osten. Auch an der Grenze zu Tunesien ist der Aufstand wegen der Benachteiligung durch Gaddafi besonders stark. Dass die Stämme, die in den beiden Regionen ansässig sind, sich wegen der Benachteiligung gegen Gaddafi stellen, überrascht nicht.

3. DIE AUFSTÄNDISCHEN

Es gibt bei Aufständen selten eine homogene Gruppe von Aufständischen. Es gibt viele verschiedene Menschen mit verschiedenen Interessen und Hintergründen. Das war in Tunesien und Ägypten nicht anders. Die Frage ist, was sind es für Gruppen in Libyen?

Ein Teil gehört der ehemaligen **Elite** im Land an, also Günstlinge von Gaddafi, die

am Anfang der Proteste übergelaufen sind. Es sind Ex-Minister, Soldaten usw.

Ein Teil ist gegen Gaddafi, weil der jeweilige **Stamm** gegen Gaddafi ist, sie folgen also der Anweisung ihres Stammes. Wenn ich vorher geschrieben habe, dass es sich um keinen reinen Stammeskonflikt handelt, bedeutet dies nicht, dass die Stämme keinerlei Rolle spielen.

Ein Teil sind „**Muslimbrüder**“ / „Islamisten“, wie auch in Ägypten und Tunesien, wo dieser Personenkreis auch eine Rolle bei den Aufständen spielt.

Das Gros der Leute sind **benachteiligte Menschen**, vor allem junge Männer, die arbeits- und perspektivlos sind. Das waren auch weitgehend diejenigen, die am Anfang auf die Straße gingen und sie sind am ehesten vergleichbar mit den Protestierenden in Ägypten und Tunesien.

Selbstverständlich gibt es auch in der libyschen Aufstandsbewegung eine **Dynamik**, und selbstverständlich hat sich durch Gaddafis Angriffe wie auch die Militärintervention heute vieles verändert.

Viele derjenigen, die friedlich demonstrieren und sich an den Bewegungen in Ägypten und Tunesien orientierten, trauen sich nun nicht mehr auf die Straße, weil sie Gewalt ablehnen oder vom gewalttätigen Teil der Protestbewegung niedergedrückt worden sind. Viele friedliche Protestierende haben auch den Militäreinsatz abgelehnt. Man findet Fotos selbst aus Bengasi, wo Leute Schilder oder Plakate gegen eine NATO Intervention heben. Diesen Protestanten war klar, dass eine westliche Militärintervention jegliche emanzipatorische und progressive Lösung des Konfliktes in Libyen erheblich erschweren würde. Denn der **Westen** hat ausschließlich seine **eigenen (ökonomische und geostrategischen)**

Interessen im Blick, nicht die der unterdrückten libyschen Bevölkerung.

Der **Westen** hat sich aktiv eingeschaltet und **bewaffneten Kräften Auftrieb gegeben** bzw. jenen Kräften, die ihm nahestehen. Unterstützt werden jene, die seine Interessen bereit sind mitzutragen und nach einer Militärintervention rufen. All jenen wurden durch die USA und Frankreich Waffen über die ägyptische Grenze geliefert. Diesen Kräften geht es nicht zentral um Demokratie und Menschenrechte, sondern um eine Neuverteilung des Reichtums im Land.

Die Aufständischen von heute sind nicht diejenigen, die am Anfang auf die Straße gingen. Die ursprüngliche Protestbewegung ist marginalisiert. Wir haben also einen neuen Aufstand, der mit dem ursprünglich für Demokratie und Menschenrechte wenig gemein hat.

Dies wird verstärkt dadurch dass zahlreiche Gaddafi-Schergen zur Opposition übergelaufen sind und diese heute anführen. Diese haben jahrelang die menschenfeindliche Politik Gaddafis aktiv mitgetragen und sind alles andere als Demokraten. Sie haben vielmehr gemerkt, dass sich der Wind gegen Gaddafi dreht und deshalb eine neue Seite gewählt und dominieren diese heute, auch dank des Westens.

4. DER ÜBERGANGSRAT

Repräsentiert werden die libyschen bewaffneten Aufständischen vom **Übergangsrat** (gegründet am 23.3.2011) mit Sitz in Bengasi. Dieser ist im Juni auch von Deutschland als neue Regierung Libyens anerkannt worden. Schauen wir uns einige die Akteure dieses Rates an:

„Premierminister“ Mahmud Dschibril: War unter Gaddafi Justizminister und vorher ab 2007 Leiter des Nationalen Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung. Sein Job war die Privatisierung der Staatsbetriebe voranzubringen. Er lebte davor in den USA und hat sich sehr dafür engagiert, dass britische und amerikanische Firmen sich in Libyen ansiedeln. Laut Wikileaks schätzen amerikanische Diplomaten Dschibril demnach als einen „*ernsthaften Gesprächspartner*“. Dschibril war also auf Gaddafis Seite vor dem Aufstand, ist ein Neoliberaler und hat gute Kontakte zu den USA

Ali Tarhuni, Wirtschafts- und Finanzminister im Übergangsrat. Lebte seit 1973 in den USA, kehrte im März zurück. Also mithin kein Ex-Mann Gaddafis. Aber: Er ist für das Öl zuständig und hat bereits angekündigt, es zu vermarkten sobald die Rebellen die Macht haben. Er setzt demnach auch auf einen Privatisierungskurs. Er steht für die neoliberale Öffnung des Landes und hat den Ländern, die früh auf Seite der Rebellen waren einen Erstzugriff auf das Erdöl und Erdgas angeboten.

Ahmed al-Senussi: Aus der Dynastie des 1969 gestürzten Königs; ihm dürfte es vor allem um eine Wiederherstellung der Monarchie gehen.

Ali al-Essawi: Sitzt im Exekutivrat des Übergangsrates und ist Professor für Privatisierung. Er ist in der Übergangsregierung für die Außenpolitik zuständig und war zuvor unter Gaddafi Botschafter Libyens in Indien.

Auch sonst sind zahlreiche ehemalige Gaddafi-Leute übergelaufen und nehmen wichtige Funktionen in der Rebellenarmee und Rebellenführung wahr. So sind zahlreiche Generäle aus Gaddafis Armee zu den Aufständischen übergelaufen. Mindestens fünf

ihrer Führer, darunter der ehemalige Geheimdienstchef Gaddafis, gehörten bis vor kurzem viele Jahre lang dem Regime an. Kann dieses Personal trotz jahrelanger persönlicher Verwicklung in zahlreiche Verbrechen eigentlich der Träger eines demokratischen Aufbruchs sein? Wohl nicht.

Dazu kommt, dass die Aufständischen offensichtlich sehr uneinig sind: Die Aufständischen im Westen des Landes nehmen keine Befehle vom Übergangsrat an, sondern stimmen sich nur mit diesem ab. Der Tod des General Younes, der Oberbefehlshaber der Rebellenarmee und vorher unter Gaddafi General war, ist bis heute nicht geklärt. Vermutlich wurde er durch Aufständische exekutiert. In Bengasi selbst soll es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Rebellengruppen gekommen sein.

IX. FAZIT

1. Die Ausbreitung der Protestwelle auf Libyen war eine neue Runde des Kampfes um Selbständigkeit der arabischen Völker. Gaddafi ist ein Diktator und das libysche Volk hat ein Recht auf Protest und Widerstand gegen ihn.
2. Der Krieg in Libyen sorgt gerade für eine Stagnation der arabischen Revolution. Der Westen holte sich ausdrücklich Saudi-Arabien ins Boot, das alles tut, um Revolutionen zu verhindern und seine eigene Macht zu sichern. Die NATO kämpft nicht für Demokratie und Menschenrechte, sondern für wirtschaftliche Interessen.
3. Der Krieg in Libyen dient nebenbei auch dazu neue Waffensysteme vorzustellen (Eurofighter und französisches Kampflugzeug; es gibt bspw. mit Indien dazu derzeit Verhandlungen)
4. Libyen war bisher nicht direktes Verfügungsgebiet der USA, der NATO oder der EU; man musste immer mit Gaddafi verhandeln, wenn man etwas von Libyen wollte. Deshalb will man ihn loswerden mit Aussicht auf bessere, d.h. westorientiertere Partner.
5. Zahlreiche Militärausbilder sind mittlerweile in Libyen - dies könnte auch der Vorbereitung eines Bodentruppeneinsatzes dienen, da sich zeigt, dass die Bombardierungen Gaddafi nicht entscheidend schwächen und die Rebellen nicht vorankommen.
6. Notwendig wären jetzt Verhandlungen und ein friedlicher Übergang. Dazu muss vor allem die NATO bereit sein. Sie ist der stärkere Part in dieser Allianz „Westen-Rebellen“ und könnte daher entsprechenden Einfluss auf die Aufständischen nehmen.